

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstr. 46, 10597 Berlin
Tel./Fax: 030 6371 62-4
Hiz.: 10 630 11 111 - Nr. 37001 18

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 16, 7. August 2003

Einblicke

Täter bleiben Täter

Von Heiner Lichtenstein

Die Vertreibung von Menschen aus ihrer Heimat sei die radikalste Verletzung der Menschenrechte. Der Satz stammt von Albert Schweitzer, ist also nicht neu, aber nichtsdestoweniger unverändert gültig. Unter diesem Aspekt ist es verwunderlich, dass es trotz ungezählter Vertreibungen allein im 20. Jahrhundert noch kein Mahnmal oder Zentrum gibt, das an diese Verbrechen erinnert, sie anprangert. Diese Lücke wollte und will der deutsche Bund der Vertriebenen (BdV) schließen. Mit seiner Stiftung Zentrum gegen Vertreibung sollte allgemein an die Vertreibung von Menschen in Europa erinnert werden, versichert die BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach landauf landab.

Peter Glotz, der frühere SPD-Bundesgeschäftsführer und mit Steinbach Vorsitzender der Stiftung, verwahrt sich gegen den Vorwurf, ein nationales deutsches Zentrum zu planen. Der CDU-Parlamentarier Wolfgang Bosbach und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), Befürworter eines Zentrums, sprechen dagegen offen von einer „nationalen Erinnerungsstätte“. Hier spätestens gilt es aufzuhorchen. Polen und Tschechien haben bereits davor gewarnt, eine neue deutsche Gedenkstätte zu errichten. Skepsis gibt es auch in Ungarn und in der Slowakei.

Vielerorts in Europa sind in den 30er und 40er Jahren Menschen verjagt worden – Südtiroler, Polen, Ungarn, Ukrainer, Deutsche und viele andere. Angefangen hat all das aber unbestreitbar durch das NS-Regime. Die Nazis, schreibt der israelische Zeithistoriker Moshe Zimmermann zutreffend, haben den Dämon aus der Flasche gelassen. Es begann mit der „Umsiedlung“ in Tirol und gipfelte in den Massenvertreibungen in Osteuropa. Was danach kam, waren meistens Konsequenzen aus der NS-Politik – auch Verbrechen, aber eben Folgen. Deshalb sollte über das „Zentrum“ ganz neu diskutiert werden – gemeinsam mit den genannten Staaten. Was wir am wenigsten brauchen, ist ein nationales Zentrum, das aus Tätern Opfer macht. Coventry war vor Dresden.

NPD-Schulungszentrum

In unmittelbarer Nähe der Parteizentrale in Berlin will die rechtsextreme Partei dafür ein Gebäude umbauen.

Seite 2 ■

Getrennte Wege

Die führenden Freien Nationalisten in Norddeutschland sind untereinander zerstritten.

Seite 3 ■

Virtuelle Tauschbörse

Ein neonazistisches Computer-Netzwerk ermöglicht den Zugriff auf ein gewaltiges Angebot an brauner Musik und Literatur.

Seite 4 ■

Geleitmusik zum Mord

Der „Landser“-Prozess in Berlin unterstreicht die Bedeutung der Musikgruppen in der rechtsextremen Szene.

Seite 5 ■

Bürgerrechte wahren

Inhaftierter militanter US-amerikanischer Rechtsextremist wird von prominenten Anwälten vertreten.

Seite 7 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Abstruser Vergleich***Von Matthias Drobinski*

Wenn es eine Grundregel gibt für alle Menschen, die sich öffentlich in Deutschland zu irgendetwas äußern wollen, dann lautet sie: Vorsicht, größte, allergrößte Vorsicht vor jedem Nazi-Vergleich – er hat eine Entgleisungsgarantie. Gotthold Hasenhüttl, von seinen Aufgaben als Priester suspendiert, weil er nach katholischem Kirchenrecht unerlaubt Protestanten zur katholischen Eucharistie einlud, hat mit einem Satz sich und seinem Anliegen mehr geschadet als Bischof Reinhard Marx von Trier und Papst Johannes Paul II. zusammen: Deutsche Bischöfe verlangten von ihren Priestern einen „Eichmann-Gehorsam“, sagte der emiritierte Theologie-Professor aus Saarbrücken in einem Zeitungsinterview.

Man kann gut verstehen, dass Hasenhüttl ärgerlich und empört ist. Man kann mit etwas gutem Willen seine Kritik daran nachvollziehen, dass die Bischöfe die Befolgung von Kirchenparagrafen über das theologisch fundierte Gewissen stellen. Doch auch das späte Bedauern des kritischen Theologen über den von ihm fahrlässig ausgesprochenen Gedanken ändert nichts daran: Der Eichmann-Vergleich ist falsch, unfair, geradezu abstrus. Er taugt nicht als Synonym für gewissenloses Duckmäusertum, auch wenn es in manchen römischen Priesterseminaren gängig ist.

Hasenhüttl hat ganz bewusst das Kirchenrecht begrenzt verletzt, um auf einen Missstand hinzuweisen. Dass der Trierer Bischof Marx daraufhin die härtestmögliche innerkirchliche Strafe unterhalb der Exkommunikation verhängte, war unklug. Wie man dabei an den Organisator der nach Auschwitz rollenden Transportzüge denken kann, bleibt aber das Geheimnis Hasenhüttls.

So wird es dem Saarbrücker Theologen gehen wie dem Bundestagspräsidenten Philipp Jenninger, der einst in einer überwiegend ordentlichen, aber passagenweise missverständlichen Rede das Unglückswort vom „Faszinum“ des Nationalsozialismus verwendete: Über dem Namen des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann, der systematisch Judenvernichtung betrieb, wird das Anliegen Hasenhüttls verloren gehen.

Matthias Drobinski ist Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“

Aktivitäten**Schulungszentrum****NPD will in Berlin ein Gebäude umbauen.**

Als Ende April über eine Schwerpunktverlagerung der NPD weg von Skinheads und hin zu einer Sammlungsbewegung für frustrierte Bürger spekuliert wurde, sah sich Parteichef Udo Voigt zur Klarstellung gezwungen. Der Vorstand, so schrieb er im Mai im Parteiorgan „Deutsche Stimme“, halte am „Strategiekonzept der ‘Drei Säulen’, des ‘Kampfes um die Straße’, des ‘Kampfes um die Parlamente’ und des ‘Kampfes um die Köpfe’ fest“. 2003 deklarierte er zum Jahr der „Schulungen und einer Struktur- und Verbandsreform“.

In dieses Arbeitsprogramm fügt sich ein neues Vorhaben ein. In unmittelbarer Nähe der Parteizentrale an der Seelenbinderstraße im Berliner Bezirk Köpenick plant die Partei den Bau eines „nationaldemokratischen Bildungszentrums in der Reichshauptstadt“ (NBZ). Vorgesehen ist der Umbau eines Gebäudes im Hinterhof. Voigt, Schatzmeister Erwin Kemna und Stefan Lux, der Leiter des Amtes Schulung, rühren die Werbetrommel. 180 000 Euro soll das Schulungszentrum kosten; 70 000 Euro hoffen sie, auf einem Spendenkonto bei der Kreissparkasse Leipzig noch sammeln zu können. Sobald die Finanzierung gesichert sei, könne mit den Bauarbeiten begonnen werden, teilen sie in ihrem Spendenaufruf mit. Das Planungs- und Genehmigungsverfahren sei abgeschlossen. Dieter Schmitz, Baustadtrat von Treptow-Köpenick, bestätigte gegenüber dem „blick nach rechts“, dass die Verwaltung bereits im März die Baugenehmigung erteilt hat. Kritik an der Entscheidung weist er präventiv zurück: „Wir können nicht Baugenehmigungen nach politischen Sympathien erteilen.“

Entstehen soll an der Seelenbinderstraße ein Bildungszentrum, das einen Schulungsraum für bis zu 60 Personen, die „nationale Zentralbibliothek“ der NPD sowie „Zimmer mit Doppelstockbetten zur kostengünstigen Unterbringung von Seminarteilnehmern“ beherbergt. Das Gelände gewährleiste „wegen seiner ausgezeichneten Bewachung eine große Sicherheit für die Teilnehmer von Veranstaltungen“. Dabei denkt man nicht nur an Seminare. Über die Bildungsarbeit hinaus könnten NPD, JN und NHB im NBZ „jederzeit einen geeigneten Versammlungsraum bekommen“. *Tomas Sager*

Aktivitäten

Worch ohne Anhang

Die Führungskader der Freien Nationalisten sind zerstritten. Unterschiedliche Auffassungen gibt es auch zur Zusammenarbeit mit der NPD.

Zum Gedenken an den alliierten „Bombenholocaust“ in Hamburg hatte Christian Worch aufgerufen. Erneut wollten norddeutsche Neonazis an den „Feuersturm über Hamburg“ erinnern. Nachdem die NPD und das Aktionsbüro Norddeutschland (AN) am 19. Juli dieses Jahres einen Aufmarsch durch die Straßen der Elbmetropole durchführten, hatte Worch für den 28. desselben Monats eine „Mahnwache“ vor dem U-Bahnhof Mundsburg angemeldet. Doch den Ruf des Neonaziführers aus Hamburg hörten nur wenige Kameraden des Nordens. Die Auseinandersetzungen zwischen den Kadern der Freien Nationalisten scheinen Auswirkungen zu haben.

Unter dem Motto „Hamburg war stark, stärker als seine Feinde!“ mobilisierten verschiedene Strukturen der Freien Nationalisten zu der „Mahnwache“ – vom Freien Infotelefon bis zum Holsteinischen Widerstand. An dem Abend kamen jedoch nur an die 50 Neonazis zu der Veranstaltung. Als Worch eintraf, musste er gar auf die wenigen Getreuen warten. Alleine baute er die Lautsprecher auf, ohne sich mit den schon anwesenden sieben jugendlichen Kameraden zu unterhalten. Erst nachdem alle Kameraden unter massivem Polizeischutz per Hochbahn den Versammlungsplatz erreichten, wendete er sich an sie. Aber nicht als Gesprächspartner, sondern als Kundgebungsredner. Ganz im Opferduktus beklagte er das alliierte „Vernichtungswerk“ von 1943. In den Sommernächten vor 60 Jahren, erklärte Worch, hätten die angloamerikanischen Bomber einen „feigen und verbrecherischen Angriff“ auf die „Einwohner Hamburgs“ durchgeführt. Er verschwieg, dass 1937 die deutsche „Legion Condor“ die Bevölkerung der spanischen Stadt Guernica bombardierte. Worch pries die „Deutsche Luftwaffe“ und „Deutsche Armee“, als solche, die selbst im Abwehrkampf „Fairness und Anstand“ bewahrten und „ritterlich stritten“.

Über 500 Gegendemonstranten störten trotz des Polizeiaufgebots lautstark die Mahnwache. Nach knapp einer Stunde wies dann die Einsatzleitung

Worch an, die Kundgebung zu beenden. Selbst der mitgebrachte Kranz musste wieder mitgenommen werden.

Das Aktionsbüro Norddeutschland um den Neonaziführer Thomas Wulff aus Amholz hatte nicht zu der Veranstaltung aufgerufen. Seit Monaten streiten die früheren Chefs der verbotenen Nationalen Liste um die rechte Strategie für das militante Spektrum: Wulff möchte die lokale Basis durch eine Demo- und Aktionskultur weiter ausbauen und die Bündnisse mit der NPD festigen. Worch hingegen will durch Demonstrationen vor allem die mediale Resonanz erhöhen und lehnt ein enges Zusammengehen mit der NPD ab. Zum Jahrestag der alliierten Luftangriffe mit dem Codenamen „Gomorrha“ auf die Hansestadt unterstützte deshalb das AN den „Trauermarsch“ der NPD.

■ Getrennte Kundgebungen zur Erinnerung an den „Feuersturm“ ■

Unter dem Motto „Operation Gomorrha – Feuersturm über Hamburg“ hatte der Hamburger Landesverband um Ulrich Harder den Aufmarsch angemeldet. Sogleich warben beide Strukturen für die Aktion. Über 150 Neonazis waren denn auch zu dem Marsch vom Berliner Tor nach Mundsburg gekommen. Obwohl die Polizei mit über 1300 Beamten den Aufmarsch schützte, wirkten sich die Störaktionen von den 500 Gegendemonstranten aus. Immer wieder setzte die Polizei Wasserwerfer und Schlagstöcke gegen die Demonstranten ein. Diese „Unruhe“ störte die Redner. Nur schwer konnte der 70-jährige Harder über den „Massenmord der Amerikaner und Engländer“ wettern: „Wer immer sagt, die Deutschen hätten den Krieg angefangen, weiß nichts von Kriegsverbrechen“. Auch Wulff war irritiert, als er ausführte, dass „Deutschland der Zweite Weltkrieg aufgezwungen“ wurde, und NPD-Chef Udo Voigt stotterte: „Wenn die Linken jetzt ‘Nie wieder Deutschland’ grölen, dann sorgen sie dafür, dass die Amerikaner den Zweiten Weltkrieg endgültig gewinnen“.

Eine öffentliche Stellungnahme des Aktionsbüros Norddeutschland zu der Kundgebung Worchs folgte bisher nicht. Ebenso wenig eine Bewertung Worchs zu dem NPD- und AN-Aufmarsch. Den Streit scheinen Wulff und Worch jetzt nur noch intern führen zu wollen. Aber vielleicht suchen sie bei der Auseinandersetzung bald wieder die Öffentlichkeit.

Andreas Speit

Aktivitäten**Virtuelles Netzwerk**

Die Nutzer einer neonazistischen Tauschbörse im Internet haben Zugriff auf das gesamte Spektrum brauner Musik.

Sie nennen sich „SS-Scharfschütze18“, „Neger-schreck“, „Brauner Terrorist“ oder „Judentöter88“ – Mitglieder des neonazistischen Peer-to-Peer-Netzwerks „Volkmord“, in dem eine dreistellige Zahl von Neonazis rechtsextreme und rassistische Dateien jeglicher Art tauscht. Weit über die Hälfte der aktiven Nutzer kommt dabei aus Deutschland, stark vertreten sind auch Schweden und Polen. Beworben wird das Netz über die Website „Volkmord – for a dying race“, die zudem Speicherplatz, einen Bannertausch und eine Topliste für Neonazi-Webseiten beinhaltet. Das Ziel der aus Deutschland und Schweden stammenden Betreiber ist eine Vereinigung „arischer Menschen mit wahren nationalsozialistischen Glauben zu einer internationalen Freundschaft“ und der Kampf „gegen die weltweite Zerstörung der arischen Rasse und Kultur, unseres Lebensstils, unserer Geschichte und unseres Geburtsrechts durch die jüdische Seuche“. Gestaltet wurde der Internetauftritt vom schwedischen Neonazi Eddie Pafvelsson alias „IOR“. Pafvelsson, einer der Operatoren der Tauschbörse, leistet derzeit seinen Wehrdienst bei der schwedischen Armee und präsentiert sich im WWW in Uniform vor einer Hakenkreuzfahne. Martialischer scheint nur „Darksoldat“, ein deutscher 20-jähriger Skinhead, der sich mit mit Schnellfeuerge- wehr in der Hand und Sätzen wie „Wir müssen gegen unsere jüdische Regierung kämpfen“ präsentiert.

Neben umfangreicher NS-Symbolik bietet die Website neonazistische Videos und Musikdateien zum Download an, die als „Appetizer“ für den eigentlichen Zweck dienen sollen – eine von Neonazis betriebene virtuelle Tauschbörse zu bewerben, über die eine rechtsextreme Web-Community fast ausschließlich Neonazi-Materialien in Dateiform im Terabyte-Bereich tauscht. (Das entspricht einer Menge von 1500 Daten-CDs; 1 Terabyte = 1024 GB, 1 GB = 1024 MB, eine CD umfasst bis zu 700 MB an Daten). Das Netzwerk wird betreut von Skinheads aus Schweden und Deutschland. Unter ihnen ist neben dem genannten „Darksoldat“ der 24-jährige Skinhead Timo aus Worms (Pseudonym: Wormser1488) und der 22-jährige „NordicFire“ aus Berlin. Letzterer ist einer der maßgeblichen Opera-

toren in diesem Netzwerk, in dem „WP Musik/Metal“, „keine Nigger-Musik“ und keine Pornos/Kinderpornos“ getauscht werden sollen. Die Operatoren folgen aber nicht den selbst gegebenen Regeln. So sind unter den über 19 000 Dateien, die „NordicFire“ freigibt, Filme wie „Bruce Allmächtig“, „JackAss – The Movie“, „Pulp Fiction“ oder „Schindlers Liste“ sowie diverse ebenfalls dem Urheberrechtsschutz unterliegende Bücher in digitalisierter Form. Das Gros der Dateien sind jedoch auch bei ihm neonazistische Musiktitel im MP3-Format, darunter zahlreiche indizierte und beschlagnahmte Tonträger von Bands wie „Störkraft“, „Radikahl“, „Kraftschlag“, „Zillertaler Türkenjäger“ sowie „Landser“, unter anderem „Ran an den Feind“ oder „12 doitsche Stimmungslieder“.

■ Zahlreiche indizierte Titel im Angebot ■

Die Nutzer des Peer-to-Peer-Netzes ermöglichen einen Zugriff auf das gesamte Spektrum rechtsextremer Musik samt aller denkbaren musikalisch-subkulturellen Grauzonen. Bis zu 500 und mehr Alben verschiedenster Szene-Bands im MP3-Format samt zugehörigen Coverbildern sind ebenso wenig eine Seltenheit wie Nazi-Propagandafilme und Musikvideos – vom NS-Hetzfilm „Der ewige Jude“ über Konzertmitschnitte einschlägiger Bands wie „Skrewdriver“ und „Landser“ bis hin zu den rassistischen „Kriegsbericht-Videos“ des einschlägig bekannten NS88-Versands. Weitere Tauschobjekte sind Spiele wie „KZ-Manager Millenium“, „KZ-Rattenjagd“ oder „Ethnic Cleansing“ der US-amerikanischen National Alliance (BnR 15/03). Auch braune Literatur ist zu finden von „Mein Kampf“ über revisionistische Bücher wie Wilhelm Stäglichs „Auschwitz-Mythos“, über Jan van Helsing antisemitische „Geheimgesellschaften und ihre Macht im 20. Jahrhundert“ bis hin zu den rassistischen Turner-Diaries

Die virtuelle neonazistische „Volkmord“-Tauschbörse basiert auf normaler Webtechnologie, ist aber im Gegensatz zu üblichen File-Sharing-Programmen auf einen engen Benutzerkreis angelegt: Ohne Kenntnis der Adresse des „Volkmord“-Servers ist kein Zugang zur Tauschbörse möglich. Für Neonazis ist das geradezu ideal und ermöglicht es, im Internet unbeachtet von der allgemeinen Diskussion um Peer-to-Peer-Netzwerke eine Tauschbörse aufzubauen, über die ausschließlich braune Inhalte gehandelt werden sollen.

Rudolf Kleinschmidt

Hintergrund**Gewaltdroge**

Der Prozess gegen die Mitglieder der Skinhead-Band „Landser“ weist den richtigen Weg zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus.

Ende Juni dieses Jahres begann vor dem Kammergericht – dem Berliner Oberlandesgericht – das Strafverfahren gegen die drei Mitglieder der Musikgruppe „Landser“: Michael R., Andre M. und Christian W. Die Band „Landser“ hatte sich seit ihrer Gründung im Jahre 1993 zu der erfolgreichsten in der rechtsextremen, in Sonderheit der Skinheadszene entwickelt. Erfolgreich im doppelten Sinne – einmal, was den Absatz der schon sehr bald aus gutem Grund konspirativ vertriebenen Tonträger anlangt; zum andern aber, was die Umsetzung der zu Straftaten vor allem gegen Ausländer hetzenden und zu Straftaten aufrufenden Musik anlangt.

Die Bundesanwaltschaft begann mit den Ermittlungen gegen die Gruppe im Sommer 1999, nachdem jugendliche Straftäter gestanden hatten, bei der Misshandlung zweier Vietnamesen im vorpommerschen Eggesin das „Landser“-Produkt „Fidschi, gute Reise“ skandiert zu haben. Wie die „Frankfurter Rundschau“ erinnert, standen die zur rechten Szene gehörenden Mörder von Alberto Adriano (im Jahr 2000 in Dessau, Sachsen-Anhalt) und Verfolger von Farid Guendoul (1999 in Guben, Brandenburg) unter dem Einfluss von „Landser“-Rock. Im Oktober 2001 wurden die „Landser“-Bandmitglieder verhaftet. Die rechtsextremen Musiker wurden auf der Basis von Ermittlungen des Landeskriminalamts Berlin von der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe erstmals als kriminelle Vereinigung und wegen Volksverhetzung angeklagt, weil ihre Songs unter anderem Brandstiftung und Mord propagierten. Nach Paragraph 129 des Strafgesetzbuchs macht sich der Gründer einer Organisation strafbar, die dazu aufruft, Straftaten zu begehen, oder diese vorbereitet.

Mit dem „Landser“-Prozess in Berlin betritt die Justiz Neuland. Man hat den Eindruck, hier wird der richtige Weg der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gewiesen – nach den Wirkmechanismen zu suchen, Gewalt entschieden entgegenzutreten und die Kraft weniger auf Demonstrationen oder Propagandadelikte zu konzentrieren.

Die Rolle der Musikgruppen in der rechtsextremen Szene und die suggestive Wirkung ihrer „Lieder“ wurde in den Verfassungsschutzberichten erstmals zu Anfang der 90er Jahre beschrieben, seither steht sie außer Frage. Hinweise auf die Gruppe „Landser“ finden sich allerdings erst im Bundesverfassungsschutzbericht für das Jahr 1996. Dort wird über die Beschlagnahme von 2000 CDs durch die Berliner und brandenburgische Polizei berichtet, die konspirativ nach Deutschland eingeführt worden waren, darunter unter anderem der in Dänemark bei „NS 88“ produzierte Titel „Republik der Strolche“.

1998 tauchte die in den USA produzierte CD „Deutsche Wut – Rock gegen oben“ in Berlin auf, wegen deren Verbreitung das Landgericht Berlin gegen fünf Aktivisten Freiheitsstrafen wegen Volksverhetzung und des Verbreitens von Propagandamitteln verhängte. Im Jahr 2000 erschien die neue CD „Ran an den Feind“, darin werden der Bundestag und seine Mitglieder in aggressiver Weise verunglimpft und es wird dazu aufgerufen, auf die „Demokratiemeute“ Jagd zu machen und „der Rattenbande den Garaus“ zu machen oder zum „Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch“ für „Nigger“. Die Gruppe war schon früh dazu übergegangen, straff organisiert aus dem Untergrund zu agieren, Konzerte gab es nicht mehr, dafür bestimmten Alkohol und Drogen, Streit ums Geld, aber auch Kriminalität das musikalische Schaffen.

Der Prozess mit 75 Zeugen ist zunächst bis Ende August dieses Jahres terminiert, schon jetzt aber ist fraglich, ob er in diesem Jahr mit einem Urteil enden wird.

Klaus-Henning Rosen

Hinweis

Halle – Eine Fachtagung in Halle/Saale am 23. August will sich mit der Thematik „Dark Wave Szene – zwischen Satanismusvorwurf und Umarmungsversuchen von Rechts“ auseinandersetzen. Veranstalter ist das Projekt IDS (Informations- und Dokumentationsstelle – neureligiöse und ideologische Gemeinschaften sowie Psychogruppen / Okkultismus, Satanismus) bei der Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt.

Kontakt: Landesstelle Kinder- und Jugendschutz Sachsen-Anhalt e.V., Freiligrathstraße 11, 39108 Magdeburg, Tel. 0391/7346246, Fax. 0391/7346247. E-Mail: jugendschutz@jugend-Isa.de; Internet: www.jugend-Isa-de/jugend/jugendschutz

Aktivitäten**„Ehrensache“****Wunsiedel contra NPD-Veranstaltung**

Die NPD ist dabei, weiteren Kredit bei den so genannten „Freien Nationalisten“ zu verspielen. Während Neonazis aus mehreren europäischen Ländern am 16. August unter der Regie von Jürgen Rieger zum Heß-Todestag im fränkischen Wunsiedel aufmarschieren wollen, lädt der NPD-Landesverband Saar vom 14. bis 17. August zu seiner „Europäischen Sommeruniversität“ ein. „Keinen Fuß am 16.8. ins Saarland!!“, fordern die „Freien“, unterstützt von „NPD-Aktivisten“, nun kaum verhohlen zum Boykott der Veranstaltung auf.

Dabei zählt sogar der NPD-Chef zu den Referenten der Sommeruniversität. Udo Voigt ist neben Horst Mahler und dem kroatischen Rechtsextremisten Tomislav Sunic als Teilnehmer eines Seminars über „Freund-Feind-Bestimmung in der Politik – unter besonderer Berücksichtigung der Lehren von Carl Schmitt“ angekündigt. Parteivize Holger Apfel hat inzwischen im Saarland abgesagt. Apfel, Chefredakteur des Parteiorgans „Deutsche Stimme“, erklärte, seit Anfang der 90er Jahre sei für ihn „und viele andere Kameraden der NPD die Teilnahme am Gedenkmarsch zu Ehren von Rudolf Heß Ehrensache“. Eigentlich hatte Apfel das zweite Seminar zum Thema „Die Massenmedien als ‘Schutzhunde des Systems’“ leiten sollen – zusammen mit dem Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub sowie Volker Biek aus Hofheim, der sich als Autor des in der Verlagsgemeinschaft Berg erschienenen Buches „Der deutsche Weg – Unser nationaler Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ in der Szene einen Namen gemacht hat und als Referent bereits bei der Deutschen Akademie auftrat.

Es sei „eine Schande, dass diese Veranstaltung am 16.8. stattfindet“, meinen die Kritiker der „Sommeruniversität“: Der Termin für Wunsiedel, als „wichtigste Veranstaltung in diesem Jahr“ bezeichnet, „dürfte jedem Aktivisten bekannt sein“. Die „NPD-Aktivisten und freien Nationalisten“ fordern die Saar-NPD auf, die Sommeruniversität zu verschieben. Vom Bundesvorstand erwarten sie andernfalls, die Veranstaltung „per Parteivorstandsbeschluss zu untersagen“. Dass freilich der Vorstand einen Auftritt des eigenen Vorsitzenden „untersagt“, dürfte eher unwahrscheinlich sein. *T.S.*

Verfassungsschutz**Bröckelnde Parteien****In Sachsen-Anhalt dominieren deutlich die militanten Rechten.**

Die rechtsextremen Parteien DVU, FDVP und Republikaner haben in Sachsen-Anhalt praktisch keine Bedeutung mehr, wie sich dem aktuellen Landesverfassungsschutzbericht entnehmen lässt. Die DVU, die von 1998 bis 2002 im Magdeburger Landesparlament in Fraktionsstärke vertreten war, aber im April vergangenen Jahres zu den Landtagswahlen nicht einmal mehr antrat, schrumpfte mit jetzt maximal 100 Mitgliedern auf ein knappes Drittel ihres Vorjahresstandes (im Jahr 2000: 500; 1999: 700). Personell gebeutelt mit noch rund 100 Mitgliedern ist auch die DVU-Abspaltung FDVP, die ebenfalls in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag saß, und der der angestrebte Wiedereinzug misslang. Den Republikanern attestieren die Verfassungsschützer weiterhin deutlich unter 100 Mitglieder. Stärkste Partei ist noch die NPD, der allerdings rund ein Fünftel ihrer Anhänger den Rücken kehrte (200; im Vorjahr 240).

Das auf 1320 (2001: 1910) Personen deutlich zurückgegangene rechtsextreme Potenzial in Sachsen-Anhalt ist geprägt durch militante Rechte und Neonazis, denen knapp 1000 Anhänger zugerechnet werden. Im Gegensatz zum Bundestrend ist die Zahl der Milianten und Neonazis allerdings leicht rückläufig (minus 80). Die Verfassungsschützer konstatieren aber eine zunehmende Politisierung und die Herausbildung so genannter „Mischszenen“, die als „Freie Nationalisten“ oder „Kameradschaften“ in Erscheinung treten würden, womit sich das Mobilisierungspotenzial der Skinheads erhöhe. Typische „Mischkameradschaften“ seien in Magdeburg, Halle und Köthen zu finden, heißt es im Bericht. Erwähnt wird wieder besonders der Selbstschutz Sachsen-Anhalt, der als Neonazi-Ordnertuppe auch in Schweden aktiv gewesen sei. An Einfluss in der Kameradschaftsszene verloren hat nach Erkenntnissen der Behörde der Neonazi und Ex-NPD-Landeschef Steffen Hupka.

Zurückgegangen ist in Sachsen-Anhalt die Zahl der von Rechtsextremisten begangenen Straftaten auf 618 (Vorjahr: 930). Deutlich zugenommen haben allerdings die aus diesem Kreis begangenen Gewalttaten auf 74 (55) Delikte, wovon 67 (45) als rechtsextrem motiviert eingestuft werden. *(G.N.)*

Ausland**Meinungsfreiheit****Unterstützung für inhaftierten Rechtsextremisten in den USA.**

Chester Doles ist ein Ku Klux Klansman der vierten Generation und seit vielen Jahren der Chef der National Alliance (NA) des Staates Georgia. Seitdem er sich in Untersuchungshaft befindet, hat er sich für amerikanische Rechtsextremisten zu einem Symbol für alles das entwickelt, was sie an den USA hassen.

Am 7. März dieses Jahres wurde Doles' Haus im Ort Dahlonga von der Polizei durchsucht und der NA-Mann wegen illegalen Waffenbesitzes (als Vorbestrafter) verhaftet. Nun scharrt sich ein Kreis von Sympathisanten um ihn, die dem Staat allgemein vorwerfen, blind repressiv gegen Personen mit unliebsamen politischen Ansichten vorzugehen. Besondere Brisanz gewinnt der Fall durch die Übernahme des Anwaltsmandats durch den ehemaligen republikanischen Kongressabgeordneten Bob Barr und dessen Kanzleipartner Edwin Marger. Dieses erfahrene Team von überzeugten Verfechtern des ersten Verfassungszusatzes (First Amendment, die Garantie der Freiheit der Rede und der freien Meinungsäußerung) wird aller Wahrscheinlichkeit nach versuchen, das Verfahren im Lichte des Konflikts zwischen der Verfolgung von vermeintlichen Extremisten und der Wahrung der Bürgerrechte gestalten.

Laut Ermittlungsbehörden hatte Chester Doles seit Jahren Waffen gehortet und damit geprahlt, dass auch Polizisten zu seiner Organisation gehörten. Des Weiteren sei Doles im Besitz des NA-Videospiels „Ethnische Säuberung“ gewesen, bei dem Jagd auf Schwarze und Juden gemacht werde. Doles war seit 20 Monaten observiert worden und sogar ein Informant in seiner Umgebung platziert worden. Laut Anwalt Marger sei deutlich, dass es hier nicht um Doles als Person, sondern um die National Alliance als Gruppe gehe, die als Gefahr für die innere Sicherheit angesehen werde.

Chester Doles, der mit seiner Frau acht Kinder und drei Stiefkinder hat, gilt als überzeugter Rechtsextremist und wichtiger Organisator der NA im Süden der USA. Bezeichnenderweise trägt seine jüngste Tochter den Namen Aryana und sein vierjähri-

ger Sohn wurde Pierce getauft nach dem vor einem Jahr verstorbenen National Alliance-Gründer William Pierce – eine rechtsextreme Ikone und unter anderem Autor der berühmten „Turner Diaries“. Im Staat Maryland war Chester Doles in den 80er und 90er Jahren in der Ku Klux Klan Hierarchie aufgestiegen und als langhaariger, Tarnkleidung tragender Rowdy mit einer Hakenkreuz-Tätowierung auf seiner Hand bekannt. Im Jahre 1993 wurde Doles dann zu sieben Jahren Haft verurteilt wegen eines tätlichen Angriffs auf einen schwarzen Motorradfahrer, der mit einer weißen Frau unterwegs war. Nachdem er circa vier Jahre abgesessen hatte, wurde Doles vorzeitig entlassen und schloss sich der National Alliance an.

Von hier an veränderte sich vor allem sein äußeres Erscheinungsbild: Anzug und Krawatte sowie ein militärischer Kurzhaarschnitt verliehen dem NA-Repräsentanten das ersehnte seriöse Image. Doles organisierte Treffen auf seinem Grundstück, zu dem sogar der von ihm verehrte William Pierce erschien, und versuchte, Neumitglieder für die National Alliance zu rekrutieren. Das erregte unter anderem auch die Aufmerksamkeit der Bundespolizei, des Federal Bureau of Investigation (FBI), das ihn ab 2001 zu observieren begann.

■ Der Einschränkung von Bürgerrechten entgegenwirken ■

Unterdessen hat eine nie dagewesene Fundraising-Kampagne im Internet unter freechesterdoles.com beeindruckende 75 000 US-Dollar für Doles' anwaltliche Vertretung erbracht. Diese für amerikanische Spitzenanwälte winzige Summe hatten Bob Barr und sein Partner als Honorar zur Vertretung des Rechtsextremisten akzeptiert. Der erzkonservative wie wortgewaltige Barr als auch der nach seinen eigenen Worten ultraliberale Marger sehen – der amerikanischen Tradition entsprechend – keinerlei Konflikte in der Vertretung eines Mandanten, dessen Ideologie sie vehement ablehnen. Für sie geht es nach eigenem Bekunden darum, der wachsenden Einschränkung von Persönlichkeits- und Bürgerrechten im Rahmen der vor allem nach dem 11. September 2001 ein immer größeres Eigenleben gewinnenden „Homeland Security“ entgegenzuwirken und den Substanzgehalt des ersten Verfassungszusatzes zu verteidigen. Der Verfahrenseröffnung, mit der erst im Herbst zu rechnen ist, kann mit Spannung entgegen gesehen werden.

Thomas Grumke

Demokratische Initiativen**Schubblade geöffnet**

Rechtsextremismus in Ost und West – eine Studie vergleicht zwei Berliner Stadtteile und kommt zu überraschenden Ergebnissen.

Berlin-Kreuzberg gilt gemeinhin als Musterbeispiel des Multikulturalismus. Nirgends in Deutschland leben mehr deutsche Staatsbürger türkischer Herkunft, als in dem auch Klein-Istanbul genannten Berliner Stadtteil. Mit Rechtsextremismus wird Kreuzberg gemeinhin nicht in Verbindung gebracht. Anders sieht es da schon mit dem angrenzenden Ostberliner Stadtteil Friedrichshain aus, in dem der Ausländeranteil noch immer gering ist. Immer wieder wird von rechten Übergriffen in dem Stadtteil berichtet. So wurde dort Anfang Juli eine Ausländergruppe von einer rechten Jugendgang angegriffen und verletzt. Selbst der Berliner Senat sprach in der Antwort auf eine kleine Anfrage der PDS-Politikerin Marion Seelig von mehreren Friedrichshainer Kneipen, die besonders häufig von Neonazis frequentiert werden.

Doch das Bild vom braunen Friedrichshain und dessen multikulturellem Gegenstück Kreuzberg ist eher Klischee als Wirklichkeit. Das zumindest legen die Ergebnisse einer Studie nahe, die das Zentrum für Demokratische Kultur (ZDK) unter der Überschrift „Demokratiegefährdende Phänomene und Möglichkeiten einer Intervention“ Ende Mai veröffentlichte und die schon für viel Diskussionsstoff in beiden Stadtteilen gesorgt hat. Sie kann im Internet unter von der Homepage www.friedrichshain-kreuzberg.de/ als pdf-Datei runterladen werden. Neben offenen und verdeckten Beobachtungen und Medienberichten analysiert die Studie vor allem 125 Interviews, die an Schulen, in Jugendclubs, in Kneipen und auf öffentlichen Plätzen im Laufe eines Jahres geführt wurden.

Die Untersuchung der beiden in Bevölkerungsstruktur und Geschichte so unterschiedlichen Berliner Stadtteile hat ihren Sinn. Nach der Gebietsreform wurden Kreuzberg und Friedrichshain zu einem Stadtteil vereinigt. Die Studie kommt für beide Stadtteilhälften zu überraschenden Erkenntnissen. So ist der organisierte Rechtsextremismus in Friedrichshain unbedeutender als gemeinhin angenommen. Die „Kameradschaft Tor“ trete kaum in

Erscheinung und mehrere noch bestehende rechte Jugendliquen seien ebenfalls nicht besonders aktiv.

Doch Entwarnung gibt die Studie nicht. Denn sie kommt auch zu dem Fazit, dass rassistische und rechtsextreme Tendenzen in beiden Stadtteilen in der Alltagskultur zugenommen haben. Die federführenden Autoren Claudia Danschke und Dierk Bostel erwähnen besonders die alltägliche Diskriminierung Dunkelhäutiger und einen zunehmenden Antisemitismus. „Wir haben festgestellt, dass quer durch alle sozialen und kulturellen Schichten und unabhängig von der ethnischen Zugehörigkeit eine Art antisemitisches Milieu herrscht“, erklärte Danschke bei der Vorstellung der Studie.

■ Graue Wölfe machen aktive Jugendarbeit ■

Die Studie setzt sich auch mit rechten Tendenzen in den nichtdeutschen Gemeinschaften von Kreuzberg auseinander. So gäbe es dort erste Ansätze zu „islamisierten Räumen“, in denen Menschen wegen ihrer nichtislamischen Lebensweise diskriminiert würden. Das kann sich auch in offenem Rassismus ausdrücken, wie in der Studie am Beispiel einer ledigen Mutter mit zwei dunkelhäutigen Kindern gezeigt wird. Die Frau ist nach ständigen Diskriminierungen ausgezogen. Zu den offen rechtsextremistischen Gruppierungen der türkischen Gemeinschaft in Kreuzberg gehören die Grauen Wölfe. Anders als in der Vergangenheit machen sie aber nicht mehr mit martialischem Auftreten und gewalttätigen Überfällen auf Andersdenkende Schlagzeilen. Vielmehr versuchen sie, durch eine aktive Jugendarbeit Nachwuchs zu gewinnen. Die Grauen Wölfe wollen sich auch mit dem Image profilieren, dass sie zur Gegenwehr gegen deutsche Neonazis bereit und fähig sind.

Eingegangen wird in der Studie auch auf die oft mit antisemitischen Stereotypen durchsetzte Propaganda bestimmter islamistischer Gruppen. So hieß es in einem von der Organisation Hiz ut Tahrir in Kreuzberg im April 2002 verbreiteten mehrseitigen Flugblatt: „Die Juden sind ein Volk der Lügen, ein Volk des Verrats, das Abkommen und Verträge bricht“. Monate später sorgte die mittlerweile vom Bundesinnenministerium verbotene Organisation bundesweit für Schlagzeilen, weil auf einer ihrer Veranstaltungen in Berlin auch hohe NPD-Funktionäre aufgetreten sind. *Peter Nowak*

Demokratische Initiativen

Scharnierfunktion

Die Neue Rechte als Brücke in die politische und gesellschaftliche Mitte.

Der Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer hat für das Landesamt für Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen eine Studie über die Neue Rechte in Deutschland vorgelegt. Und diese 156-seitige Publikation gehört zu dem qualitativ Besten, was jemals unter dem Namen einer Verfassungsschutzbehörde veröffentlicht wurde.

Wie jede systematische Studie beginnt diese mit einer Begriffsbestimmung. Überzeugend definiert Pfeiffer den Begriff der „Neuen Rechten“ in Anlehnung an Wolfgang Gessenharter und dessen These vom „Scharnierspektrum“. Hiernach gilt die Neue Rechte als „Elite einer vielgestaltigen Bewegung von rechts“, der es „um Einfluss im vorpolitischen Raum“ gehe (S. 11). Somit macht Pfeiffer die reichhaltigen Instrumente der Bewegungsforschung für die Thematik fruchtbar.

Nach einer knappen Darstellung der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der Neuen Rechten (Stichworte: GRECE, Nouvelle Droite, Alain de Benoist) erfolgt eine sinnvolle duale strategische Verortung der Strömung als Avantgarde (innerhalb der Bewegung) einerseits und Brücke (von der extremen Rechten in die politische und gesellschaftliche Mitte) andererseits, wobei hier die wahre Bedeutung der Neuen Rechten deutlich wird.

Kapitel 2 widmet sich der breiten Rezeption der nach wie vor allgegenwärtigen historischen Vorlagen, vor allem der „Konservativen Revolution“ einschließlich ihrer zentralen Akteure wie Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt oder Ernst Jünger, die im folgenden Kapitel durch einflussreiche europäische Theoretiker wie Evola oder Mosley ergänzt wird.

Übersichtlich und allgemein verständlich unterteilt Pfeiffer die zeitgenössische Neue Rechte in Kapitel 4 in „Junkonservative“ und „Nationalrevolutionäre“ und nennt als zentrale Strategien das „Metapolitische Konzept“ und die so genannte „Querfrontstrategie“. Sorgfältig und kenntnisreich stellt der Autor die zentralen ideologische Elemente der Neuen Rechten (Antiliberalismus, Ethnopluralis-

mus, et cetera) unter Zuhilfenahme zahlreicher Primärquellen dar. Es folgt eine Darstellung der verzweigten neurechten Infrastruktur aus Organisationen, Verlagen, Periodika, einem regen Seminarbetrieb, abgerundet durch eine Analyse der Einflüsse auf studentische Verbindungen und die Gothic-Subkultur.

Pfeiffer weist zu Recht darauf hin, dass, obwohl die Breitenwirkung der Neuen Rechten bislang eng begrenzt ist, ihre elitären, kollektivistischen und nationalistischen Vorstellungen „mit dem Wertefundament des Grundgesetzes in einen zwangsläufigen Konflikt“ (S. 137) geraten. In diesem Sinne gilt es um so mehr – für staatliche wie nichtstaatliche Akteure –, die offene Gesellschaft und die freiheitliche Demokratie zu stärken und die Verfestigung einer demokratischen Kultur zu fördern.

Verdienstvoll ist, dass die Studie eine komplexe Materie klar strukturiert für ein breites Publikum analysiert, ohne alarmistisch das Phänomen zu überschätzen. Dabei ist die Broschüre ansprechend gestaltet und mit zahlreichen Abbildungen und einer umfangreichen Bibliographie versehen.

Thomas Grumke

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Die Kultur als Machtfrage. Die Neue Rechte in Deutschland, Düsseldorf, 2003. 156 Seiten. Die Studie kann unter <http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/neurech.pdf> heruntergeladen werden.

Hinweis

Düsseldorf – Unter dem Titel „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ lädt der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen zu einer Fachtagung am 8. Oktober in Düsseldorf ein. Angesprochen sind dabei Vertreter der Medien, des Verfassungsschutzes sowie aus Wissenschaft und Bildung. Zu den Referenten zählen neben sachkundigen Journalisten und Verfassungsschutzmitarbeitern die Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer (München), Wolfgang Gessenharter (Hamburg), Christoph Butterwegge (Köln) und Uwe Backes (Dresden). In Workshops auf der Tagung geht es unter anderem um Ideologie und Sprache der Neuen Rechten, die Publizistik dieser intellektuellen Strömung des Rechtsextremismus sowie internationale Verbindungen.

Informationen: Innenministerium NRW, Abteilung Verfassungsschutz, Postfach 103013, 40021 Düsseldorf; Telefax 0221/871-3233, E-Mail: tagung@im.nrw.de; <http://www.im.nrw.de/sch/142.htm#>

Grauzone**Saubermänner****Schills rechte Hand im schiefen Licht**

Ärgerlich für den selbst ernannten Saubermann der Republik Ronald Schill: Die rechte Hand des Hamburger Innensenators ist mit dubiosen Nebengeschäften ins Zwielflicht geraten. Staatsrat Walter Wellinghausen hatte sich vor seinem Quereinstieg in die hauptberufliche Politik einen Namen als geschickter Anwalt gemacht, der in der Vergangenheit Polizisten wie Verbrecher verteidigte. Die immer wieder kolportierte Nähe des kernigen Endfünzigers zum „Milieu“ hatte vor neun Jahren zusätzliche Nahrung erhalten, als dem Advokaten vor seiner Kanzlei von einem bis heute unbekannten Täter in das Bein geschossen wurde – eine Methode, die im Bereich der Organisierten Kriminalität als letzte Warnung gilt. Doch nicht nur böse Buben und straffällig gewordene Polizeibeamte gehörten zu seinen Mandanten, Wellinghausen betriet auch Arztpraxen und verteidigte Ronald Schill gegen den Vorwurf des Amtsmissbrauchs. Schill hatte in seiner Zeit als Amtsrichter die Haftbeschwerden von zwei linken Störern erst nach zwei Tagen an das zuständige Gericht weiter geleitet. Das Verfahren endete mit einem Freispruch.

Schill, mittlerweile zum Innensenator aufgestiegen, berief seinen Rechtsvertreter im Dezember 2001 zum Innenstaatsrat. Jetzt sitzt Wellinghausen selbst auf der Anklagebank, vorerst noch auf der politischen. Dem umtriebigen Staatsrat werden eine Reihe von Dienstvergehen vorgeworfen: So hat Wellinghausen trotz seiner Tätigkeit als rechte Hand des Innensenators monatlich 4600 Euro von einer Radiologie-Praxis erhalten. Bald darauf kam heraus, dass das Handelsregister Wellinghausen als Vorstand der Münchner Isar Klinik II ausweist – mithin ein streng verbotener Nebenjob. Danach platzte die nächste Bombe: Die Bild-Zeitung legte Dokumente vor, die beweisen, dass der Staatsrat die vom Senat bereits beschlossene Entlassung eines Polizeibeamten, den er zuvor als Anwalt vertreten hatte, verhinderte.

Der SPD-Geschäftsführer Ties Rabe bezeichnete es als „unerträglich, wie Wellinghausen sein öffentliches Amt und seine vielen privaten Geschäfte miteinander verbindet“. Und für die Hamburger Grünen ist Wellinghausen nur noch der „zwielfichtige zweite Mann“ hinter Schill.

Volker Stahl

Aktivitäten**Schreibtischtäter****Unterstützung für Holocaust-Leugner**

Bislang weitgehend unbeachtet bewegt sich der Chemiker, Patentrechtler und „Junge Freiheit“-Autor Dieter Bartling (Jg. 1928), offen im geschichtsrevisionistischen und holocaustleugnenden Milieu. So findet sich in der vom deutschen Justizflüchtling Germar Rudolf herausgegebenen aktuellen Ausgabe der „Vierteljahresshifte für freie Geschichtsforschung“ (VffG; 1/2003), dem Sprachrohr aller deutschsprachigen Holocaust-Leugner, ein Beitrag von Bartling mit dem Titel „Warum die USA den Internationalen Strafgerichtshof ablehnen“. Darin unterstellt Bartling dem „US-Volk“ eine noch immer weitverbreitete Wildwest-Mentalität und wehklagt über die „unfairen und juristisch außerordentlich angreifbaren Anklagen, Verhandlungen und Urteile“ des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg. Erstveröffentlicht wurde der Artikel in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ aus dem Hause Grabert (Tübingen), für das Bartling seit Jahren zur Feder greift.

1994 wurde bei einem Prozess gegen Rudolf unter anderem wegen Volksverhetzung vor dem Stuttgarter Landgericht bekannt, dass dieser und Bartling 1992 nach München reisten, um den Verlagszar Herbert Fleissner dafür zu gewinnen, ein „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den ‘Gaskammern’ von Auschwitz“ (das so genannte „Rudolf Gutachten“) zu verlegen. Doch Fleissner lehnte ab. Bartling hatte dem einstigen JF-Redakteur Rudolf juristische Tipps gegeben und das „Gutachten“ entschärft.

Bartling offenbarte damals beim Prozess, dass er seit über 25 Jahren CDU-Mitglied sei. 1996 gehörte Bartling zu den Unterzeichnern der revisionistischen Kampagne „Appell der 100 – Die Meinungsfreiheit ist in Gefahr“, die unter anderem in der „Jungen Freiheit“ veröffentlicht wurde. Die Resolution wandte sich gegen den Paragraphen der Volksverhetzung, der die öffentliche Holocaust-Leugnung unter Strafe stellt. Ebenso wurde attackiert, dass deutsche Gerichte den Holocaust als offenkundige historische Tatsache werteten. Der Appell geht auf eine textgleiche Resolution zurück, die zuvor die rechtsextreme Gesellschaft für freie Publizistik verabschiedet hatte.

Anton Maegerle

Zeitschriftenschau

Periodika der extremen Rechten

„Nation&Europa“ (NE), 53. Jg., Heft 7-8/2003: Nicht überraschend bildet der Fall Friedman den Aufmacher für den Leitkommentar von Harald Neubauer. Kritisiert wird eine angebliche Ungleichbehandlung durch Politik und Medien und die Warnung der Grünen-Politikerin Claudia Roth, die Vorwürfe gegen Michel Friedman zur Abrechnung mit dem Judentum zu nutzen. Das tut Neubauer dann aber selbst, indem er unterstellt, Friedman habe sich für „unangreifbar“ gehalten wie sein „Zieh-vater Ignatz Bubis“. Es folgt die kryptische Ermahnung, „ob dem deutsch-jüdischen Verhältnis eine bessere Personalauswahl nicht besser getan hätte“. War der Antisemitismus noch verpackt, so bricht er dann vollends durch in Michael Brückners Infragestellung der These vom Selbstmord Jürgen Möllemanns. In der für Rechtsextreme typischen Verschwörungsmanier wird dem israelischen Geheimdienst mit alberner Argumentation eine Täterschaft unterstellt: FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle sei vom Mossad mit seiner sexuellen Orientierung erpresst worden, Möllemann in der FDP zu isolieren; seine Überreaktion – Parteiausschluss – habe Möllemann die Chance eröffnet, eine koalitionsfähige Partei zu gründen, als deren Vorsitzender er dann Anspruch auf die Vizekanzlerschaft und das Außenministerium gehabt und so Israels „lukrative Sonderbeziehung“ in Gefahr gebracht hätte. Die Beseitigung eines unliebsamen Politikers wiederum habe Israel schließlich von der CIA gelernt. In der Schublade „Verschwörung“ findet sich auch die These, Deutschland habe, um Großbritannien den Beitritt zur Eurozone schmackhaft zu machen, bei der Wiedervereinigung den freiwilligen Abbau seiner Position als drittgrößte Wirtschaft zugestanden. Willy Brandt wird – ein weiteres Mal – als angeblicher US-Agent enthüllt. Gänzlich albern ist, was der Regierungsdirektor im Bundesverkehrsministerium Josef Schößlburner uns über den westdeutschen Umgang mit dem Arbeiteraufstand in der DDR zu vermitteln versucht. Thema ist wieder die Bedeutungslosigkeit der nationalen Rechten. Mit Blick auf die demographische Entwicklung wird die „Bevölkerungspolitik im Dritten Reich“ ins Bild gebracht. Aus Anlass des 70. Jahrestages des Reichskonkordats würdigt man die NS-Religionspolitik. Franz Schönhuber fasst sein vielfältiges Unbehagen über Politiker in die These, „weil unsere (sic!) Politiker keine Denker

mehr hervorbringt, sondern nur noch Macher“. Da wird der Meister in der Geschichte zurückgehen müssen, um den Denker als Politiker, im Zweifelsfalle dann noch sehr romantisiert, dingfest zu machen. Im Übrigen bekennt Schönhuber sich zur Nationalstaatlichkeit, die – dem ist zuzustimmen –, in der bisherigen Form nicht mehr haltbar sei, und zum einheitlichen Auftreten Europas gegen „amerikanische(s) Weltherrschaftsstreben“. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg. Nr. 28-30/2003: Warum sich die Deutschen ob ihres Ansehens im Ausland sorgten, grübelt Silke Lührmann, die als ursächlich das „mangelnde nationale Selbstbewusstsein“ ob der „schändlichen Vergangenheit“ ansieht. Besser gefällt die Demonstration der Aktionsgemeinschaft der Deutschlandliebenden von Baldur Springmann, die sich für eine „Wiederherstellung des Deutschtums durch Rückbesinnung auf unser Volkstum einsetzten, wie Moritz Schwarz positiv hervorhebt. Anliegen Springmanns ist schließlich die Schaffung eines „Freudenmals“ für die Deutschen, wofür allerdings „eine Art ‘Umerziehung’ unseres Volkes“ nötig sei, wie er im JF-Interview erklärt. Rechte Politiker stünden „nach wie vor auf der medialen watch list der politisch korrekten Meinungsmacher“, beklagt Andreas Mölzer. Was aber „Kämpfer gegen Rechts“ besonders störe, sei, dass Silvio Berlusconi als ein „Exponent der politischen Rechten in Europa auch noch über gewaltigen medialen Einfluss verfügt“, hält Mölzer fest. Mit seiner „einseitigen Konzentration als Mittel im ‘Kampf gegen Rechts’ verliere auch der jüdische Onlinedienst „haGalil“ an Glaubwürdigkeit, behauptet Ekkehard Schultz. Manuel Ochsenreiter moniert, dass der „ausgewiesene Linksextremist“ Christoph Butterwegge auf einer Fachtagung des NRW-Verfassungsschutzes über die Neue Rechte referieren soll. Und mit dem „im verzerrenden Sinn“ benutzten Begriff „Neue Rechte“ würde vonseiten des Staates „Zensur gegen missliebige Auffassungen ausgeübt“, betont Chefredakteur Dieter Stein. Doris Neujahr bewertet Michel Friedmans Rücktritt als Chance, schließlich sei es unsinnig, in Deutschland „ständig nach antisemitischen und nazistischen Restspuren zu schnüffeln“. Die Leviten liest Neujahr auch dem CDU-Politiker Friedbert Pflüger, der als „Hofschranze“ des ehemaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker sein „Koordinatensystem“ an der „deutschen Kollektivschuld rhetorik ausgerichtet“ habe. Karlheinz Weißmann würdigt den verstorbenen Vordenker Armin Mohler, der „‘Hilfe für die rechte Intelligenz in Deutschland’“ leistete. (gn)

Bücherschau**Juden in Berlin****Warum sie doch hier geblieben sind.**

Spricht man mit Berliner Juden aus der Vorkriegsgeneration über ihr Schicksal nach der Schoa, dann schließt das zwangsläufig zwei Fragen ein: Wie hast du überlebt? Warum bist du hier geblieben? Das zeigt auch das von Professor Ulrich Eckhardt, Kulturwissenschaftler und Jurist, und Rabbiner Andreas Nachama, Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, herausgegebene Buch „Jüdische Berliner – Leben nach der Schoa“. 14 Berliner Juden, von Ruth Galinski bis Ingeborg Hunzinger, von Jerzy Kanal bis Peter Kirchner, von Eva Kemlein bis Lilli Nachama, Menschen unterschiedlichster Herkunft, Prägung und Weltanschauung geben darin ihre Schicksale zu Protokoll.

Ihre Antworten auf die Frage nach den Motiven für das Bleiben in Deutschland und speziell in Ost- oder Westberlin fielen höchst unterschiedlich aus. Eva Kemlein, zu deren Vorfahren Giacomo Meyerbeer zählt, nach der Befreiung bekannte und erfolgreiche Theaterfotografin der „Berliner Zeitung“, überlebte in Berlin im Untergrund. Sie nennt für ihr Bleiben politische Gründe, die interessante Arbeit an den Berliner Bühnen und die vielen Freunde – Berta Waterstrat, Fritz Erpenbeck und Hedda Zinner, den bewunderten Bert Brecht, Helene Weigel und Ernst Busch. Es gab für mich nie die Versuchung, das Land zu verlassen, sagt sie. Jerzy Kanal, langjähriger Stellvertreter und über fünf Jahre Nachfolger Heinz Galinskis, erklärt, es habe sich so ergeben, und es bereite ihm noch immer mentale Probleme, an diesem Ort zu sein. Ernst Cramer, Vorstandsvorsitzender der Axel-Springer-Stiftung, kehrte als amerikanischer Soldat zurück und entschloss sich zu bleiben. „Meine Entscheidung für Deutschland bleibt richtig“, konstatiert er. „Es ist gut für Land und Demokratie, dass Juden wieder hier leben und arbeiten.“

Die Bildhauerin Ingeborg Hunzinger glaubte an die kommunistische Perspektive der DDR als ein anderes, erneuertes Deutschland, als antifaschistischer Staat. Sie hatte Verbindungen zu Robert Havemann, auf ihrem Sofa haben Wolf Biermann und Eva-Maria Hagen ihre Lieder gesungen, die Tochter verließ illegal das Land, sie bekam immer wieder Schwierigkeiten, doch sie blieb und arbeitete,

haut „noch immer Tag für Tag Figuren aus dem Stein“. „Mein Leben war davon bestimmt, das zu zusammenzubringen: Marx und Michelangelo.“

Der Arzt Peter Kirchner bilanziert sein 20-jähriges Wirken als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Ostberlins und sagt, er sei in seinem Leben in der DDR kein unglücklicher Mensch geworden. Die Entscheidung zum Bleiben sei insgesamt nicht falsch gewesen. „Wenn ich heute in die Oranienburger Straße komme und den Glanz der Kuppel sehe, habe ich das Gefühl, dass sich unsere Hartnäckigkeit gelohnt hat.“ Lilli Nachama, seit 2000 verwitwete Ehefrau von Oberkantor Estrongo Nachama, räumt fünf Jahrzehnte nach der Befreiung ein: „Als in den letzten Jahren die NPD so hoch kam, muss ich ehrlich sagen: Wenn man das vorher gewusst hätte, wäre man bestimmt nicht hier geblieben. Denn man hat doch geglaubt, mit 1945 ist endlich, endlich, endlich Ruhe und die braune Pest ist weg.“ Ähnlich lautet die Klage der nach dem Schanghai-Exil via Israel nach Berlin zurückgekehrten ehemaligen Geschäftsinhaberin Herta Wolff: „Heute gibt es wieder junge Leute, die eigentlich überhaupt nichts von der jüngsten Vergangenheit und von der NS-Zeit wissen können und doch schon wieder antisemitisch eingestellt sind. Denn sie hören nichts davon zu Hause. Die Eltern haben Angst, es ihnen zu erzählen. Sie wollen nicht mit ihrer Schuld konfrontiert werden.“

Heute noch von einer deutsch-jüdischen Symbiose zu sprechen, sei sicherlich zu euphorisch, bleibe wohl ein schöner Traum aus einer reichen gemeinsamen Geschichte, stellen die Herausgeber zusammenfassend fest. Dennoch sei bemerkenswert, dass „aus den wieder aufgetauchten, zurückgekehrten, immigrierten oder hier gestrandeten ‘Juden in Deutschland’ allmählich und mit gebotener Vorsicht wieder ‘deutsche Juden’ werden konnten“. Immerhin seien es schon rund 100 000 Menschen, und die größte jüdische Gemeinde Deutschlands in der Bundeshauptstadt Berlin habe 12 000 Mitglieder. Es gebe also „wieder lebendiges (gleichwohl polizeilich bewachtes) jüdisches Leben in Deutschland“. Die einschränkenden Sicherheitsbedingungen, unter denen man zuweilen stöhne, bewiesen jedoch Tag für Tag einen Mangel an Normalität im Leben der Gesellschaft.

14 jüdische Porträts, 14 spannende Menschenschicksale. Eine Lektüre, die sich lohnt.

Ralf Bachmann

Eckhardt/Nachama (Hg.): Jüdische Berliner. Leben nach der Schoa, Berlin 2003 (Jaron Verlag) 14,90 Euro.

Mehr Mut

Mehr Mut, aus gestern für morgen zu lernen. An die Vergangenheit zu erinnern und zu vermeiden, die begangenen Fehler zu wiederholen. Die Augen zu öffnen, um wiederkehrende Probleme zu erkennen und sich ihnen entgegen zu stellen. Denn jeder ist ein Teil der Geschichte und mit verantwortlich für ihren Verlauf.

Mehr Wissen – besser verstehen

Vergangenheit und Geschehenes beeinflussen uns alle. Man muss sich damit auseinander setzen und Verdrängtes aufarbeiten. Mit mehr Wissen und mehr Mut kann man sich dann gegen Extremismus und Ausgrenzung stellen. Denn die Geschichte hat gezeigt, dass solche Einstellungen zu Krieg, Unterdrückung und Gewalt führen. Deshalb setzen wir uns für Gerechtigkeit und Demokratie ein.

Mehr Auseinandersetzung statt Ausgrenzung

Demokratie bedeutet, Probleme und Konflikte fair und gleichberechtigt anzugehen und zu lösen. Damit wird jedem Recht und Möglichkeit gegeben, sich individuell zu entfalten und zu entwickeln. Wir wollen extremistische Gewalttaten in Deutschland, Verharmlosung von Nazi-Verbrechen, Fremdenfeindlichkeit und Verachtung von Minderheiten verhindern. Deshalb setzen wir uns gegen Vergessen und für Demokratie ein.

- Wir fördern Initiativen für Demokratie und Toleranz.
- Wir beraten Projekte, Schulen, Gedenkstätten und Ausbildungsträger.
- Wir machen fit im Umgang mit rechten Parolen und Argumenten.
- Wir vermitteln Kontakte zu Netzwerken, Zeitzeugen, Behörden und Politikern.
- Wir informieren über Fördermöglichkeiten.
- Wir bieten Seminare an, zu Themen wie „Gegenwart der Geschichte“, „Schulalltag und Lebenswirklichkeit“, „Rechtsextremismus und Gewalt“ und „Jugendkulturen“.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Vorsitzender: Dr. h.c. Hans Koschnick
Stauffenbergstr. 13-14
10785 Berlin
Telefon (030) 26 39 78-3
Telefax (030) 26 39 78-40
www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de

Sparkasse Bonn BLZ 380 500 00 Konto 855 1707

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Im WWW kursiert ein denunziatorischer Text, in welchem Referenten einer Tagung des nordrhein-westfälischen Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema „Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie“ an den Pranger gestellt werden. Autor des Hetzartikels ist Sebastian Prinz, Mitglied der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeke“, zu deren Referentenkreis unter anderem JF-Chefredakteur Dieter Stein und der rechtsextreme Agitator Hans-Helmuth Knütter zählen. Auf Nachwuchssuche geht die extrem rechte Burschenschaft auch in der Monatszeitschrift „Nation&Europa“. Prinz, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundestagsabgeordneten Egon Jüttner (CDU), publizierte in jüngster Vergangenheit gemeinsam mit Knütter und ist Mitautor des von Knütter herausgegebenen „Handbuchs des Linksextremismus“, das im extrem rechten Leopold Stocker Verlag (Graz) erschienen ist. Prinz hat auch den JF-„Appell für Pressefreiheit“ unterzeichnet. Beim Neujahrsempfang der ultrarechten Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V. fand sich sein Namen neben ausgewiesenen Rechtsextremisten wie Peter Dehoust und Rolf Schlierer auf der Teilnehmerliste. Mittlerweile haben mehrere CDU-Bundestagsabgeordnete, darunter Prinz' Chef Egon Jüttner und Georg Schirmbeck, Anfragen an die Bundesregierung gerichtet, die sich indirekt auf die Veranstaltung des NRW-Verfassungsschutzes beziehen.

■ **Blankenberg** – Eine Wochenendtagung zum Thema „Europäische Geldreformbewegung. Volksgeld statt Bankengeld“ soll vom 3. bis 5. Oktober im Hotel „Sonnenschein“ in Blankenberg stattfinden. Referent der Tagung ist Albert Lämmel aus Rastatt, Kopf des „Arbeitskreises Demokratisches Geld-Steuer-Bodenrecht“. Der Auffassung von Lämmel zufolge ist der Zins das Grundübel der Welt. In den letzten Jahren referierte und publizierte Lämmel bevorzugt in NPD-Kreisen. Geworben wird für die Tagung in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“.

■ **Buxtehude** – Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude), Generalmajor a. D., war Festredner bei einer konspirativ durchgeführten Veranstaltung des Kameradschaftsverbandes des ehemaligen I. SS-Panzerkorps. Vor 160 Mitgliedern und Gästen des

Kameradschaftsverbandes stellte Schultze-Rhonhof die Kernaussagen seines geschichtsrevisionistischen Buches „Der Krieg, der viele Väter hatte“ vor. Schultze-Rhonhof ist Gründungsmitglied der rechtslastigen „Arbeitsgemeinschaft 'Stimme der Mehrheit'“ und steht dem rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen nahe. Zu der Veranstaltung angereist war aus Österreich der ehemalige SS-Obersturmführer Walther Groß, der seine während der russischen Kriegsgefangenschaft gemalten Bilder vorstellte.

■ **Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis)** – Der „Patriotentreff“ ist weg. Das Gebäude, in dem der ehemalige braune Szeneladen der Familie Alfred und Doris Zutt untergebracht war, wurde abgerissen. Die Abrissarbeiten im hessischen Ehringshausen begannen am 24. Juli, um Platz für einen Kreisverkehr zu machen. Bei der Oberbürgermeisterwahl in der Kreisstadt Wetzlar am 15. Juni kandidierte die NPD-Fraktionsvorsitzende von Ehringshausen Doris Zutt ohne Erfolg. Die 47-jährige Altenpflegerin musste mit 1,7 Prozent eine Wahlschlappe hinnehmen, obwohl Zutt „den trägen Geist der Vergangenheit mit frischem Wind vertreiben“, so ihre Ankündigung in der NPD-Parteizeitung „Deutschen Stimme“, „und die Stadt Wetzlar an Haupt und Gliedern reformieren und modernisieren“ wollte.

■ **Eisenach/Potsdam** – Der notorische Antisemit Horst Mahler initiierte unter konspirativen Umständen am 30. Juli eine Kundgebung auf der Wartburg bei Eisenach. Das Spektakel stand dabei unter dem Motto: „Den Holocaust gab es nicht. Die Wahrheit siegt. Die Lüge vernichtet sich selbst. Das Deutsche Reich kommt im Aufstand des Deutschen Volkes zu sich.“ Ursprünglich hatte Mahler an diesem Datum einen Auftritt in Auschwitz geplant, „um diese Jüdische Kultstätte als Tatort des Seelenmordes am Deutschen Volk zu markieren“ – doch der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm untersagte Mahler die Ausreise nach Polen. Laut Mahler wurde so auf einer Aussichtsplattform unterhalb der Wartburg in einer „feierlichen Zeremonie“ „dem Duckmäusertum gegenüber der Holocaustreligion ein Ende gesetzt.“ In einer Mitteilung Mahlers an seinen Freundeskreis vom 31. Juli heißt es weiter: „Während der Feier wehten die schwarz-weiß-rote Fahne des 1871 wiederhergestellten Deutschen Reiches und die Fahne des Deutschen Kollegs ... die als Staatssymbol des wieder zu sich kommenden Deutschen Reiches

vorgeschlagen ist. Zwischen den Fahnen flatterte eine meterlange Schriftrolle mit über hundert Namen von Personen, die von der Jüdischen Besatzungsmacht als 'Revisionisten' und 'Holocaust-Leugner' verfolgt wurden und teilweise immer noch verfolgt werden." Vor Ort war neben anderen Ursula Haverbeck, Ansprechpartnerin der Frauengruppe der Deutschland-Bewegung.

■ **Kehl** – Der „bekannte Rechtsextremist“ (Landesamt für Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen) Michael Wiechert (Kehl, zuvor Köln) hat eine neue politische Heimat gefunden. Wiechert, ehemals nordrhein-westfälischer Pressereferent der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), gehört Eigenangaben zufolge neuerdings der FDP an. Unter seinem Pseudonym „Ulex“ (BnR 13/01) war Wiechert zuletzt Pressesprecher der rechtsextremen FUN-Partei.

■ **Lenggries** – Michael Krämer (Lenggries, vormals Miesbach), ehemals Kameradschaftsführer der Kühnen-treuen Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA), Kader des „FAP-Freundeskreises/Nationaler Sozialistischer Widerstand“, später Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechtersheimer, ist neuerdings Pressesprecher des Bezirksverbandes Oberbayern der stramm rechten Bayernpartei. Das ehemalige CSU-, FAP-, ÖDP- und REP-Mitglied Krämer hatte sich zuvor erfolglos als FDP-Mitglied beworben. Zugänge ist der Ex-Wiking-Jugend-Aktivist (Pseudonym: „Seehase“) auch bei der Politiksimulation DOL2day. Der frühere Buchhändler schaltete bis Herbst 2001 Anzeigen unter anderem in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Bis heute fühlt sich Krämer der JF „mehr oder weniger stark verbunden“.

■ **Nürnberg** – Der umtriebige Neonazi Gerd Ittner (Zirndorf) will am 6. September in Nürnberg eine Großdemonstration des „freien nationalen Widerstandes“ unter dem Motto „STOLZ UND TREU – MACHT DEUTSCHLAND FREI!“ veranstalten. Treffpunkt ist das ehemalige Reichsparteitagsgelände. Angesagt für dieses „Reichs-Ereignis“ haben sich laut Ittner bereits Kameraden aus der „Ostmark“ und der Schweiz: „Ein unbedingtes MUSS für ALLE Aktivisten im Nationalen Widerstand – egal welcher Partei oder Gruppierung sie im einzelnen angehören mögen.“ Ittner weiter: „Am 6. September in Nürnberg zählt allein die Kampfparole: EIN VOLK – EIN REICH – EIN SIEGESWILLE!“

■ **Nürnberg** – „Grundsätzliche Überlegungen zum Thema Anti-Antifa“ verbreitet die Anti-Antifa Nürnberg in einem mehrseitigen Papier auf der Neonazi-Homepage www.die-kommenden.net. Anti-Antifa-Hetze wird dabei als „Zweckbündnis gegen alles politisch 'links' stehende“ definiert. Szene-Kenner vermuten hinter dem Anti-Antifa-Papier den langjährigen Aktivisten Norman Kempken (Jg. 1968), Autor des NPD-Organs „Deutsche Stimme“. Kempken war bereits 1992 verantwortlich für die braune Terrorliste „Der Einblick“ und ist seit Mitte der 80er Jahre in Neonazi-Zusammenhängen zugange. Zeitweilig gehörte er der CDU an. Derzeit soll Kempken in der Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.) aktiv sein.

■ **Peenemünde/Wolgast** – Rund 190 Rechtsextremisten hatten sich am Samstag, den 2. August in Peenemünde zu einer Demonstration gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung zusammengefunden. Auf der Kundgebung sprachen neben dem führenden Hamburger Freien Nationalisten Christian Worch Axel Reitz (Kampfbund Deutscher Sozialisten), der NPD-Funktionär Lutz Dessau sowie der Stralsunder Neonazi Robert Rupprecht. Erst eine Woche vorher hatten Neonazis zu einem Aufmarsch in Wolgast „Opa war in Ordnung“ gegen die Eröffnung der Wehrmachtsstellung in Peenemünde mobilisiert, wobei sich rund 400 Teilnehmer einfanden. Als Redner traten der schleswig-holsteinische NPD-Landeschef Peter Borchert, der Berliner Neonazi Lutz Giessen sowie der Brandenburger NPD-Funktionär und Liedermacher Jörg Hähnel auf.

■ **Reutlingen** – In einer Berufungsverhandlung verurteilte das Landgericht Tübingen am 10. Juli zwei NPD-Mitglieder wegen Wahl- und Urkundenfälschung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der ehemalige baden-württembergische NPD-Landesgeschäftsführer Janus Nowak (24) und ein Offenbacher NPD-Mitglied Listen für die Zulassung zur Landtagswahl im März 2001 mit gefälschten Unterstützer-Unterschriften beim Kreiswahlleiter eingereicht hatten. In der Erstinstanz hatte das Reutlinger Amtsgericht Nowak im Oktober des vergangenen Jahres zu einer Geldstrafe in Höhe von 5000 Euro verurteilt und seinen Kumpagnon, aus Mangel an Beweisen, freigesprochen. Verteidigt wurde Nowak jetzt vom ehemaligen baden-württembergischen NPD-Landtagsabgeordneten Peter Stöckicht, für den sich in den 90er Jahren Werbung in den neonazistischen „HNG-Nachrichten“ fand. Vor dem Amtsgericht war noch der

Reutlinger Anwalt Steffen Hammer, langjähriger Sänger der Skinhead-Band „Noie Werte“, Nowaks Rechtsbeistand. Im vergangenen April war Nowak bereits vom Balingen Amtsgericht zu einer 10-monatigen Freiheitsstrafe verurteilt worden, gegen die der NPD-Multifunktionär ebenfalls Berufung eingelegt hat.

■ **Ulm** – Der Ulmer FDP-Rechtsaußen und ehemalige Kreisvorsitzende Stefan Havlik (23) hat die Partei im Juni verlassen. Zuvor musste er entgegen erstem Leugnens die Urheberschaft einer E-Mail an den Zentralrat der Juden in Deutschland einräumen. In dieser E-Mail mit Havliks Adresse hatte der Student dem Zentralrat eine Mitschuld am Tode des früheren FDP-Politikers Jürgen Möllemann unterstellt: „Warum zerstören Sie einen Mann wie Jürgen W. Möllemann, der die Wahrheit sagt und damit der Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus dem Herzen spricht? Ich bin tief erschüttert an diesem traurigen Tag. Erwarten Sie zukünftig noch weniger Verständnis für Ihr Handeln als Zentralrat wie bisher!“. Havlik, der auch Kontakte zum revanchistischen Witikobund unterhält, war im Juni des vergangenen Jahres wegen antisemitischer Äußerungen vom Amt des FDP-Kreisvorsitzenden im schwäbischen Ulm zurückgetreten.

Ausland

■ **Kanada (Toronto)** – In einer weiteren gerichtlichen Anhörung hat Ernst Zündel Befürchtungen geäußert, an Krebs erkrankt zu sein. Er beklagte sich in diesem Zusammenhang darüber, dass es ihm nicht ermöglicht worden sei, nach der Inhaftierung eine naturheilkundliche Behandlung weiterzuführen. Schon 1972 war Zündel an Krebs erkrankt, der jedoch bekämpft wurde. Unterdessen leugnet Zündel vehement, jemals offen zu gewalttätigem Handeln aufgerufen zu haben. Außerdem sei er in keiner Weise für den Inhalt der nach ihm benannten Zündelsite verantwortlich, die allein von seiner Frau Ingrid Rimland betreut würde. Er blieb bei dieser Darstellung, auch nachdem er einräumen musste, Rimland 3000 Dollar monatlich für ihre Arbeit zu zahlen, die nach seinen Angaben aber eben nichts mit der Webseite zu tun habe. Nach Angaben von Zündel sollen seit seiner Verhaftung im Februar die Zugriffe auf die Webseiten von 650 000 auf 1,2 Millionen pro Monat angestiegen seien.

■ **Spanien (Alicante)** – Von solchen Propagandamöglichkeiten in Deutschland kann der NPD-Parteichef nur träumen: Eineinhalb Stunden lang „un-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin

PVST, DP,AG, Entgelt bezahlt, A 13861 8

Heft 16/2003 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

terhielt“ der deutschsprachige Radiosender Radio Aleman seine Zuhörer an der Costa Blanca mit dem „Überraschungsgast“ Udo Voigt. Locker geplaudert wurde eine Stunde lang über das Verbotverfahren, die Ziele der NPD und die Rentenpolitik, berichtete Voigts Parteifreund Herbert Werner aus La Marina/Alicante in einer Korrespondenz für die NPD. Vor dem politischen Teil der Sendung hatte sich Voigt via Äther über seine Hobbys, Lieblingsgerichte und Musikvorlieben auslassen dürfen. Mit Deutschen, die sich dauerhaft an der Costa Blanca niedergelassen haben, hat Voigt dem Bericht Werners zufolge einen NPD-Stützpunkt gegründet.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499

e-mail: nandlinger@bnr.de

Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)

Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20

38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109

Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement

Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto

Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto

Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.